

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 01/019/2018

Kreisausschuss am 10.12.2018

Zu Punkt 7: Personalkostenbewirtschaftung - Budgetentwicklung 2019
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt ein Antrag vorliegt, den es zunächst zu beraten gilt.

Antrag der Fraktion UWG-ME: Reduzierung des Personalkostenbudgets 2019

KA Hagling verweist bezüglich des Antrages auf den vorherrschenden Fachkräftemangel und die in diesem Zusammenhang bestehenden unbesetzten Planstellen.

KA Kuchler hält die Kürzung für ein falsches Signal.

KA Schulte schließt sich KA Kuchler an und erklärt, dass der Kreis alle Haushaltsüberschüsse bisher immer an die kreisangehörigen Städte weitergegeben habe.

KA Völker befürwortet den Antrag. Durch den Beitritt des Kreises zum KRZN entstünden Synergien, die die beantragte Reduzierung rechtfertigen würden.

KA Müller spricht sich ebenfalls für den Antrag aus.

Herr Richter erläutert die nach der aktuellen Gemeindehaushaltsverordnung gültige Vorgehensweise zur Ermittlung der Anzahl der besetzten Stellen. Der Stichtag 30.06. sei für die Betrachtung des IST-Standes ungünstig, da dann in Erwartung der Zugänge nach Ausbildungsende Planstellen bewusst freigehalten werden. Im Durchschnitt seien ca. 50 Stellen zurzeit nicht besetzt. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass es immer hausinterne Stellenwechsel gebe, die zu temporären Vakanzen führen.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion UWG-ME.

Beschluss:

Das Personalkostenbewirtschaftungsbudget 2019 wird um 500.000 € gekürzt.

Abstimmungsergebnis:	mehrheitlich angenommen
	7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
	4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
	2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
	1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
	1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
	1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über folgenden modifizierten:

Beschluss:

Der Kreistag beschließt ein Netto-Personalkostenbudget i.H.v. 80,584 Mio. €.

Er beschließt weiterhin, dass für das Jahr 2019 durch die verzögerte Umsetzung der Stellenplanerweiterung sowie die einmaligen Einspareffekte durch den Beitritt zum Kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) nur 77,120 Mio. € im Haushalt veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
- 4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
- 2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 1 Ja-Stimme FDP-Fraktion
- 1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
- 1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendeke